»Mein Auftrag wird als beinahe ›mission impossible‹ betrachtet – aber er ist notwendig.«

Staffan de Mistura im Gespräch mit Sylvia Schwab. Foto: Monique Lehmann

Interview mit **Staffan de Mistura**, UN-Sondergesandter für Syrien, über die Situation im Land, die Haltung Russlands und der USA sowie über die Perspektiven für eine politische Lösung des Konflikts.

Frage: Herr de Mistura, am vergangenen Wochenende haben Sie den syrischen Außenminister Walid al-Muallem in Damaskus getroffen. Sind Sie enttäuscht darüber, dass er Ihren Vorschlag einer Selbstverwaltung für den östlichen Teil Aleppos abgelehnt hat?

Staffan de Mistura: Selbstverständlich bin ich enttäuscht. Es geht darum, dass die Zivilbevölkerung im Osten Aleppos nicht der Konfliktbeendigung zum Opfer fallen darf. Das habe ich gegenüber der syrischen Seite zum Ausdruck gebracht und werde dies weiterhin tun. Die syrische Regierung war nicht damit einverstanden, dass ich eine besondere Ausnahmeregelung für Aleppo erreichen wollte. Ich bin der Ansicht, in Aleppo darf nicht das gleiche geschehen wie in anderen Städten, etwa in Homs, das monatelang bombardiert wurde. Am Ende waren die Menschen völlig erschöpft und gerade noch in der Lage, sich nach Monaten der Belagerung auf den eigenen Beinen aus der Stadt zu schleppen.

Der Krieg in Syrien dauert nun bereits fünf Jahre. Er hat fast eine halbe Million Menschenleben gekostet und fast fünf Millionen Syrerinnen und Syrer haben Zuflucht in Nachbarstaaten oder in Europa gesucht. Alle Strategien zur Beendigung der Gewalt sind bislang fehlgeschlagen. Im Gegenteil, die Lage wird immer schlimmer. Warum?

Dafür gibt es sehr viele Gründe. Mein Auftrag wird offiziell und inoffiziell als beinahe ›mission impossible‹ betrachtet. Das ist nicht überraschend, allerdings liegt dies an der einzigartigen Komplexität des Konflikts. Denken Sie nur daran, wie er sich entwickelt hat: Alles begann mit einer Revolte, die zunächst von der Zivilgesellschaft ausging und friedlich war. Dieser folgte eine militärische Reaktion, die wiederum eine gegen das Militär gerichtete Revolte auslöste. Daraufhin kam es zu einem landesweiten Aufstand und *de-facto* zu einem Bürgerkrieg. Durch die Beteiligung von regionalen Staaten, zum Beispiel Iran, Katar, Saudi-Arabien und der Türkei, wurde der Konflikt auch zunehmend zum Stellvertreterkrieg.

Schließlich kam mit der Beteiligung der USA und Russlands noch ein geopolitischer Aspekt hinzu. Beide Staaten sind Mitglieder des UN-Sicherheitsrats, die – zumindest früher – nicht nur nicht zusammengearbeitet haben, sondern völlig unterschiedliche Positionen vertraten. Zu all diesen Faktoren kommt die Terrororganisation Da'esh (der sogenannte ›Islamische Staat‹ – IS) als weiterer Akteur hinzu. Diese hat zuvor noch in keinem Konflikt eine Rolle gespielt und tut dies heute lediglich noch in Irak. Wenn Sie sich all dies vor Augen führen, erkennen Sie, wie kompliziert die Lage ist. Das die Opposition nicht einheitlich auftritt, sondern aus höchst unterschiedlichen Gruppen besteht, verschärft die Komplexität zusätzlich. Es ist sehr schwierig, alle oppositionellen Gruppen zusammenzubringen und zu erreichen, dass sie mit einer Stimme sprechen. Momentan gibt es 98 bewaffnete Gruppen in Syrien. Allein für eine einfache Waffenruhe müssen Sie all diese Akteure berücksichtigen.

Sie haben in der Vergangenheit bereits in 19 Konflikten vermittelt. Würden Sie sagen, dass die Strategien zur Konfliktlösung an der einzigartigen Komplexität scheitern?

Die Komplexität ist einzigartig und für das Scheitern mitverantwortlich. Da ich Arzt werden wollte, als ich noch sehr jung war, verwende ich beim Konfliktmanagement manchmal eine medizinische Analogie. In der Medizin muss eine Krankheit so früh wie möglich behandelt werden, denn sonst verschlimmert sie sich, wird sehr komplex und es kommen zusätzliche ›opportunistische Kleinlebewesen‹ hinzu. In diesem Fall war es Da'esh. Der Konflikt in Syrien

ist bei Weitem der komplizierteste und tragischste, den wir je erlebt haben. Das ist die größte humanitäre Tragödie seit dem Zweiten Weltkrieg.

Russland hat kürzlich erneut eine Militäroffensive in Aleppo gestartet. Was hat zu dieser erneuten Eskalation geführt und verstehen Sie Russlands Haltung in diesem Konflikt?

Wir sollten hier präzise sein: Nach meinen Informationen und meinem Verständnis gingen die jüngsten militärischen Aktivitäten nicht von Russland, sondern höchstwahrscheinlich vor allem von der syrischen Regierung aus. Zwar ist das militärische Engagement Russlands sehr umfangreich und sie haben ihre militärischen Mittel sogar aufgestockt. Ihre Bombenangriffe richteten sich jedoch mehr auf die Umgebung von Aleppo und die Zufahrtsstraßen, vermutlich um das Eindringen von Aufständischen zu stoppen. Es gibt jedoch Berichte, wonach der Ostteil der Stadt von der syrischen Luftwaffe mit Hubschraubern und Raketen beschossen wurde. Wir sollten niemals vergessen, dass auch im Westen Aleppos 1,3 Millionen Menschen leben. Von diesen zivilen Personen haben die meisten eigentlich nichts mit dem Konflikt zu tun. Trotzdem waren auch sie Ziele von Mörserangriffen. In diesem grausamen Krieg ist bislang jede einzelne Regel des humanitären Völkerrechts missachtet worden. Es gibt Angriffe auf alles und jeden: Ärztinnen und Ärzte, Pflegepersonal, Kinder, Krankenhäuser, Schulen und Moscheen.

Warum hat bisher kein einziger Lösungsansatz, wie beispielsweise Sicherheits- und Flugverbotszonen, humanitäre Korridore, die Eindämmung des Zustroms von Waffen oder lokale Waffenruhen, zum Erfolg geführt?

Kommen wir noch einmal auf die medizinische Analyse zurück. Ich habe bereits jede einzelne der von ihnen genannten Strategien herangezogen: Als in Zentralamerika während des Kalten Krieges Bürgerkriege herrschten oder bei den Konflikten in Äthiopien oder in Somalia nutzten wir häufig Impfungen als Einstieg. Anschließend wurde ein humanitärer Korridor eingerichtet, wir erhielten Zugang für humanitäre Hilfsleistungen und schließlich gab es eine Sicherheitszone, die wir nutzten, um weitere Möglichkeiten zu schaffen.

Unser Vorgehen wird von denjenigen, die am Konflikt in Syrien beteiligt sind, genau beobachtet. Wenn wir beispielsweise den Vorschlag einer medizinischen Evakuierung unterbreiten, werden wir gefragt: Wäre es kompliziert, ungerecht und schwierig, das zu tun? Die Antwort lautet: Nein. Unsere Lastwagen und Rettungswagen stehen bereit und es geht lediglich um 200 Menschen, die aus dem östlichen Teil Aleppos evakuiert werden sollen. Für Schwierigkeiten sorgt die syrische Regierung, da sie der Meinung ist, dass es nur eine medizinische Evakuierung geben sollte und keine Medikamente, Nahrungsmittelhilfe oder weitere Ärztinnen und Ärzte. Allerdings erschweren auch oppositionelle Gruppen Probleme die Situation.

Es gibt auch eine andere Seite der Medaille: Der amerikanische Außenminister John Kerry und der russische Außenminister Sergej Lawrow haben sehr gut zusammengearbeitet. Ich war an den Gesprächen beteiligt und habe diese sorgfältig beobachtet. Als Russland und die USA am 26. Februar 2016 gemeinsam eine Vereinbarung über eine Waffenruhe erzielten, hat das funktioniert. Für drei Monaten wurden die Kampfhandlungen eingestellt und selbst die 98 bewaffneten Gruppen haben sich daran gehalten. Nach meiner Auffassung ist es auf diese Weise gelungen, fast 11 000 Menschenleben zu retten und es konnten 1,2 Millionen Menschen mit humanitären Hilfsleistungen erreicht werden. Leider kamen dann die ›Störenfriede‹. Eines Tages wird dieser Krieg unter dem Aspekt beschrieben werden, wie viele ›Störenfriede‹ sich einmischten – das gilt übrigens für beide Seiten.

Was erwarten Sie von der neuen US-Regierung unter Donald Trump?

Ich bin zutiefst beeindruckt von dem großen Engagement John Kerrys und von seiner Fähigkeit, niemals aufzugeben. Das gleiche gilt auch für Sergej Lawrow. Die beiden haben sehr gut zusammengearbeitet und ich bin der Meinung, dass ihre Verhandlungsbemühungen ebenfalls von ›Störenfrieden‹ untergraben wurden. Bis zum 20. Januar 2017 sind Präsident Obama und John Kerry noch im Amt und ich gehe davon aus, dass sie bis zum letzten Augenblick ihre Bemühungen mit Nachdruck fortsetzen.

Staffan de Mistura

Seit Juli 2014 ist der 69-jährige Diplomat UN-Sondergesandter für Syrien. Seine berufliche Laufbahn bei den Vereinten Nationen begann der studierte Politikwissenschaftler im Jahr 1971 als Projektleiter der Welternährungsorganisation (WFP) in Sudan. In der Zeit von 1972 bis 1987 war er für die Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO) tätig. Bei der FAO war de Mistura von 1976 bis 1985 Stellvertretender Chef des Exekutivbüros des Generaldirektors. Von 1988 bis 1991 war er Direktor für Fundraising und Außenbeziehungen des Büros der Vereinten Nationen für die Koordinierung der humanitären Hilfsmaßnahmen zugunsten Afghanistans. Während der Balkankriege leitete de Mistura die Mission des Kinderhilfswerks der Vereinten Nationen (UNICEF). Weitere UNICEF-Tätigkeiten führten ihn nach Afghanistan, Irak und Somalia. Als Persönlicher Gesandter von Kofi Annan war de Mistura von 2000 bis 2004 in Libanon bevor er von UN-Generalsekretär Ban Ki-moon als Sondergesandter für Irak (2007 bis 2009) und Afghanistan (2010 bis 2011) berufen wurde.

Damit würde die Nachwelt erkennen, dass sie es nicht aufgegeben haben, eine Verringerung der Gewalt in Syrien zu erreichen und Da'esh zu bekämpfen.

Ich habe bislang weder den künftigen Präsidenten Donald Trump noch sein Team getroffen. Für den Bereich der auswärtigen Angelegenheiten sind die Personalentscheidungen ja noch nicht getroffen, mit Ausnahme des nationalen Sicherheitsberaters, den ich aus meiner Zeit in Irak kenne. Ich kann nur das beurteilen, was Donald Trump öffentlich geäußert hat und er hat sich vor allem auf den Kampf gegen Da'esh und den Terrorismus konzentriert.

Der UN-Standpunkt ist, dass es nur zwei terroristische Organisationen gibt: Da'esh und die Al-Nusra-Front. Die syrische Regierung behauptet häufig, dass jeder, der mit militärischen Mitteln gegen die Regierung kämpft, ein Terrorist sei. Die USA und Russland stimmen mit dem UN-Standpunkt überein, zumindest im UN-Sicherheitsrat. Wenn der Kampf gegen Da'esh und den Terrorismus eine Priorität des künftigen amerikanischen Präsidenten ist, würde ich das begrüßen, denn wir machen uns alle Sorgen um unsere Sicherheit. Wenn Sie hier in Deutschland oder irgendwo auf der Welt fragen, worüber sich die Menschen Sorgen machen, dann ist es der Terrorismus.

»Wenn man Da'esh tatsächlich besiegen und nicht nur bekämpfen will, muss man eine politische, inklusive und umfassende Lösung in Syrien und in Irak anstreben.«

Wir werden einen Punkt ausführlicher mit der neuen US-Regierung erörtern: Wenn man Da'esh tatsächlich besiegen und nicht nur bekämpfen will, muss man eine politische, inklusive und umfassende Lösung in Syrien und in Irak anstreben. Da'esh konnte daraus Nutzen ziehen, dass es vielerorts ein Gefühl der Nichtzugehörigkeit gibt, ganz besonders in den sunnitischen Gemeinschaften. Ohne eine politische Lösung werden allenfalls ein paar Siege errungen und Da'esh wird wie ein Pilz wieder aus dem Boden sprießen. Dies war beispielsweise in Irak zu beobachten, als der ehemalige Anführer Abu Musab Al-Zarqawi getötet wurde. Er und seine Anhänger wurden geschlagen und kurz darauf tauchte Abu Bakr Al-Bagdadi auf. Er und Da'esh sind heute sehr viel effektiver, als sie es in der Vergangenheit waren. Wenn Sie zu der medizinischen Analogie zurückkehren wollen, wäre die Bekämpfung von Da'esh ein Antibiotikum. Um den Körper wirklich zu retten, müssen sie allerdings sicherstellen, dass er nicht in Zukunft von anderen Krankheiten befallen wird. Das bedeutet eine politische, inklusive Lösung.

Und das wäre mit einem Präsidenten Trump vorstellbar?

Wenn die neue US-Regierung ihre Absicht verwirklichen will, ernsthaft mit Russland über die Bekämpfung von Da'esh zu sprechen, sollten beide Seiten sich darüber verständigen, wie Da'esh zu besiegen ist. Der Weg dahin wäre, sich auf eine Zusammenarbeit zu einigen. Hier ist vor allem die russische Regierung gefragt, die sehr viel Einfluss auf den syrischen Präsidenten Baschar al-Assad hat. Allerdings muss auch die amerikanische Regierung ihren Einfluss auf die Unterstützer der Opposition nutzen, damit ein inklusiver politischer Übergang und eine politische Lösung entsprechend Resolution 2254 des UN-Sicherheitsrats[1] vom 18. Dezember 2015 erreicht werden können.

Den UN wurde vorgeworfen, zu eng mit der syrischen Regierung zusammenzuarbeiten und bei der Verteilung humanitärer Hilfe versagt zu haben. Haben Sie Verständnis dafür, wenn manche sagen, die UN seien in Syrien gescheitert?

Wenn wir über Scheitern sprechen, müssen wir sagen, dass wir alle an diesem Scheitern beteiligt waren. Die internationale Gemeinschaft, einschließlich des Sicherheitsrats, hat nicht schnell genug gehandelt, um dem entgegenzuwirken, was sich als schlimmste humanitäre und politische Tragödie dieses Jahrhunderts erweisen sollte. Wir sollten uns darüber klar werden, was wir mit Scheitern meinen. Scheitern in dem Sinne, dass wir nicht in der Lage waren, Frieden zu erreichen?

Es ist keine einfache Aufgabe, Frieden zu erreichen, wenn 98 bewaffnete Gruppen und zwölf Staaten beteiligt sind, regionale und internationale Interessen eine Rolle spielen und weder Da'esh noch die syrische Regierung zu Zugeständnissen bereit sind. Vier Millionen Menschen erhalten in Syrien jeden Monat Hilfe von den Vereinten Nationen, durch das Welternährungsprogramm (WFP), das Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen (UNICEF) und die Weltgesundheitsorganisation (WHO). Viele dieser vier Millionen Menschen halten sich in von der Regierung kontrollierten Gebieten auf. Sollten wir sie bestrafen, indem wir uns nicht an die Regierung wenden, um sie zu erreichen? Darüber hinaus leben 1,3 Millionen Menschen in Gebieten im Belagerungszustand. Es gibt 18 solcher Gebiete, 16 davon werden von der Regierung belagert. Sollten wir nicht mit der Regierung verhandeln, und sie dazu auffordern, die Genehmigung zu erteilen, dass unsere Lastwagen dorthin fahren können? Sollten wir lediglich protestieren oder in Genf sitzen und große Erklärungen abgeben oder wollen wir diese Menschen erreichen, sodass sie noch am Leben sind, wenn eine politische Lösung gefunden wurde?

Das heißt nicht, dass nicht sorgfältig darauf zu achten ist, wie wir tatsächlich mit der Regierung umgehen. Aber lassen Sie mich ein Beispiel geben: Die UN wurden beschuldigt, der syrischen Regierung

Geld für die Nutzung des lokalen Telefonnetzes zukommen zu lassen. Ich war und bin im Gespräch mit der Opposition, mit den bewaffneten Gruppen. Diese nutzen die gleichen Telefone – leisten sie einen finanziellen Beitrag zum Telefonnetz der Regierung? Unsere Priorität ist es, mit den Menschen zu sprechen. Ich denke, wir sollten in dieser Frage weniger dogmatisch und realistischer sein. Unsere Priorität ist die Rettung von Menschenleben. Wenn es dazu erforderlich ist, mit den verantwortlichen Personen zu sprechen, dann tun wir das.

Wie bewerten Sie die Idee, durch die Einberufung einer Notstandssondersitzung der UN-Generalversammlung den blockierten Sicherheitsrat zu umgehen? Die Versammlung könnte unter Hinweis auf die historische Resolution ›Vereint für den Frieden‹[2] eine Resolution für ein militärisches Eingreifen verabschieden. Wäre das Ihrer Meinung nach durchsetzbar?

Die Entscheidung darüber obliegt der Generalversammlung und den Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen. Aus meiner Sicht liegt der Schlüssel für die Lösung eines solchen Konflikts nach wie vor im UN-Sicherheitsrat, der ermächtigt ist, robuste Maßnahmen nach Kapitel VII UN-Charta durchzusetzen. Wir sollten nicht außer Acht lassen, dass nach der Vereinbarung zwischen Kerry und Lawrow, die Internationale Syrien-Kontaktgruppe (ISSG) einzusetzen, sowie nach den Treffen in Wien und in München im Sicherheitsrat zwei Resolutionen einstimmig verabschiedet wurden. Die USA und Russland sollten sich erneut auf Parameter zur Bekämpfung von Da'esh einigen und gemeinsam versuchen, eine politische, inklusive Lösung durchzusetzen. Wir dürfen nicht zum alten Zustand zurückkehren oder ein vollständiges Vakuum wie in Libyen beziehungsweise eine Katastrophe wie in Irak nach der Auflösung der Armee riskieren. Die Resolution ›Vereint für den Frieden‹ war ein sehr wichtiges Signal dafür, was getan werden kann. Sie wurde bisher nur einmal angewendet. Ich denke, dass die Lösung nach wie vor im Sicherheitsrat liegt.

Könnte die Münchner Sicherheitskonferenz im Februar 2017 Gelegenheit bieten, eine weitere Waffenruhe auszuhandeln?

Zu diesem Zeitpunkt wäre Donald Trump bereits als Präsident im Amt, wenn auch noch nicht lange. Aus meiner Sicht ist das ein sehr interessanter Zeitpunkt, um festzustellen, wo wir mit der neuen US-Regierung und ihren Gesprächen mit Russland stehen. Dies ist meiner Meinung nach weiterhin von entscheidender Bedeutung für die Konfliktlösung in Syrien. Russland dürfte kaum ein Interesse daran haben, in den nächsten Jahren weiter in den Krieg in Syrien verstrickt zu sein, geschweige denn, sich am Wiederaufbau Syriens finanziell zu beteiligen.

Staffan de Mistura und Angela Kane, die bis zum Jahr 2015 Hohe Repräsentantin der Vereinten Nationen für Abrüstungsfragen war, wurden mit der Dag-Hammarskjöld-Ehrenmedaille der Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen e.V. (DGVN) für ihr außergewöhnliches Engagement für Frieden im Dienste der Vereinten Nationen geehrt. Die Medaillen wurden von Außenminister Frank-Walter Steinmeier (l.) und dem Vorsitzenden der DGVN Detlef Dzembritzki (r.) überreicht. Die Festveranstaltung fand am 22. November 2016 in Berlin statt. Foto: Laura Tran

Ich sehe also einen gewissen Spielraum und es könnte sein, dass von der Münchner Sicherheitskonferenz erste Signale in diese Richtung ausgehen.

In Syrien wurden zahlreiche Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen begangen. Werden diese untersucht und die Täter zur Verantwortung gezogen werden? Wie könnte dies geschehen?

Dies ist immer ein großes Dilemma. Es ist allerdings keine Frage des ›ob‹, sondern eine Frage des ›wann‹. Die Frage von Rechenschaftspflicht und Unrechtsaufarbeitung ist ein lebenswichtiges Prinzip, denn sonst würde ein ›Gesetz des Dschungels‹ vorherrschen. Die Frage des ›wann‹, des tatsächlichen Zeitpunkts für den Beginn dieses Prozesses, muss in den entsprechenden Kontext gestellt werden. Denn wenn auf eine sofortige Aufarbeitung bestanden wird, kann dies die beteiligten Konfliktparteien davon abhalten, überhaupt mit Verhandlungen zu beginnen. Das Fazit lautet: Das Prinzip muss und wird immer bestehen. Wann und wie es umgesetzt wird, ist abhängig vom geeigneten Zeitpunkt.

Das Interview in englischer Sprache fand am 22. November 2016 in Berlin statt. Die Fragen stellten Sylvia Schwab und Anja Papenfuß. Übersetzung aus dem Englischen von Gabriele Lassen-Mock.

1 UN-Dok. S/RES/2254 v. 18.12.2015.

2 UN-Dok. A/RES/377 (V) v. 3.11.1950.